

## Antrag A53: Recht auf analoge Dienstleistungen

Antragsteller*in:	SPD 60 plus Bezirk Hannover
Status:	Entwurf
Sachgebiet:	A - alle

- 1 Alle Bürger haben das Recht, bei staatlichen, kommunalen und verpflichtenden
- 2 kommerziellen Dienstleistungen diese Leistungen auch analog wahrnehmen zu können.
- 3 Dieser Anspruch muss gerichtlich durchsetzbar sein.

### Begründung

Es leben in Deutschland über 10 % der wahlpflichtigen Bevölkerung ohne Internetzugang. Wie viele BürgerInnen darüber hinaus keine Erfahrung mit digitalen Angeboten über das Internet haben, lässt sich allenfalls grob schätzen. Die gewünschte, zunehmende Digitalisierung von Dienstleistungen vergrößert damit die Kluft zwischen denen, die im Umgang damit erfahren sind, und denen, die das nicht sind. Zugleich schließt sie einen nicht unerheblichen Anteil der Bevölkerung von der Wahrnehmung solcher Angebote aus.

Zumindest bei kommunalen und staatlichen Angeboten, die wie Bankgeschäfte verpflichtend für alle oder wie Bahnfahren im Alltag nicht zu umgehen sind, muss ein analoger Zugang angeboten werden.